

Sprengstoffanschlag auf Hochspannungsleitung am Kernkraftwerk Brokdorf: „Seit Tschernobyl haben die Attentäter noch was

## Angst vor dem „politischen Super-GAU“

Schlacht um die Kernkraft (III): Mit Atomenergie in den Überwachungsstaat?

**Atomgegner gehen verstärkt mit einer neuen Strategie – „Alle Tage Sabotage“ – in den Untergrund, das Bundeskriminalamt baut eine Spezialeinheit gegen Nuklearterroristen auf. Das Risikopotential der Atomwirtschaft, warnen Rechtswissenschaftler, werde die Bonner Poli-**

**tiker bald zu einer verschärften Gesinnungsschnüffelei und zur elektronischen Beschattung der Bundesbürger zwingen. Experten befürchten, daß der papierne Berstschutz der Verfassung dem Druck nicht standhalten könnte – droht ein „politisches Tschernobyl“?**

Vor fünf Jahren machte sich der Heidelberger Verfassungsrechtler Alexander Roßnagel daran, einer Frage von beträchtlicher politischer Brisanz nachzugehen: „Bedroht die Kernenergie unsere Freiheit?“

Im Auftrage der renommierten Vereinigung Deutscher Wissenschaftler recherchierte Roßnagel in mehreren europäischen Ländern und in den USA bei Geheimdienstlern und Politikern, Sicherheitstechnikern und Reaktorexperthen, welche politischen Gefahren die Kernenergie, neben ihren vielfältigen technischen Risiken, in sich birgt.

Das Resultat fiel so beängstigend aus, daß der Jurist zunächst zögerte, seine Prognosen niederzuschreiben: Horror-Szenarien, wußte er, werden von vielen Zeitgenossen nur „als Hirngespinnst karikiert und lächerlich gemacht“, als pure Paranoia, bestenfalls als Science-fiction gewertet.

Erschreckend nahmen sich Roßnagels Prognosen in der Tat aus: Vieles spreche dafür, signalisierten seine Forschungsergebnisse, daß mit dem Ausbau der Atomenergie gegen den Widerstand eines Großteils der Bevölkerung bürgerliche Freiheitsrechte abbrennen würden wie Kernbrennstäbe im Reaktor.

Seit dem Erscheinen der Studie\* sind kaum drei Jahre vergangen, da kann sich der Rechtsgelehrte auf das schaurigste bestätigt sehen: Nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl läßt, wie der Zukunftsforscher Robert Jungk formuliert, ein „Menschenbeben“ die Bundesrepublik erzittern, das bereits massive politische Verwerfungen bewirkt hat.

Das Beben ist dermaßen stark, daß konservative Politiker in CDU und CSU schon glauben, die von ihnen favorisierte

\* Alexander Roßnagel: „Bedroht die Kernenergie unsere Freiheit“. Verlag C. H. Beck. München; 315 Seiten; 22 Mark.

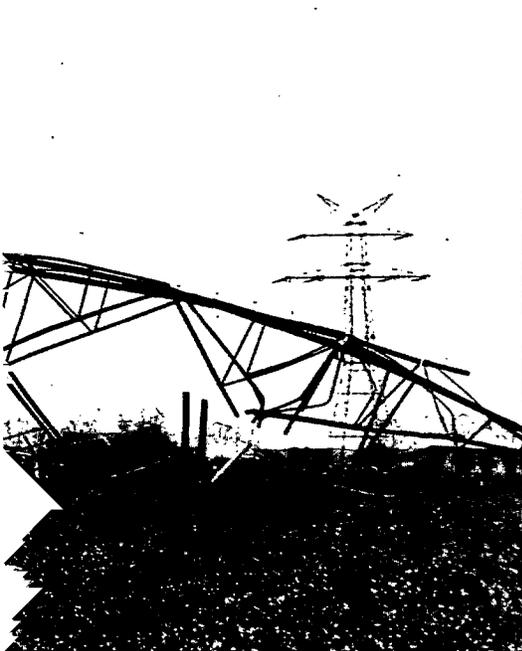
Atomenergie nur noch mit martialischen Polizeiwaffen und massiven Polizeieinsätzen verteidigen zu können.

Ebendies hatte die Roßnagel-Studie, neben anderem, vorausgesagt: Die Durchsetzung der Nukleartechnik könnte „für die Austragung innenpolitischer Konflikte eine völlig veränderte Situation entstehen“ lassen, „vergleichbar der Veränderung, die der Bau der Atom-bombe für die internationale Politik bewirkt hat“.

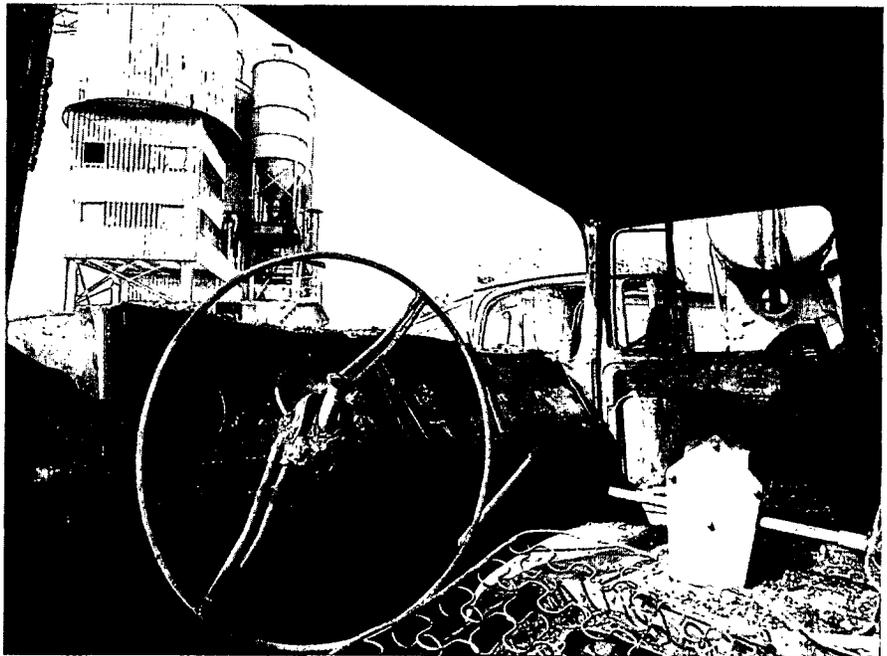
Daß die Zukunft der Atomenergie plötzlich zum „umstrittensten Thema der letzten Jahrzehnte“ (Gewerkschaft der Polizei) aufgerückt ist, spiegelt sich be-

reits in den staatlichen Haushalten wider. Während der Anteil der Bundesbürger, die, Umfragen zufolge, den Bau neuer Nuklearanlagen ablehnen, auf 81 Prozent emporschnellte, zischten in Bayern die Kostenvoranschläge für „überörtliche Einsätze der Polizei“, vor allem zum Schutz der geplanten atomaren Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Wackersdorf, raketengleich in die Höhe:

- ▷ Zunächst hatte der Münchner Landtag für diesen Bereich einen Haushaltsansatz von immerhin 2,55 Millionen Mark beschlossen.
- ▷ Am 26. Mai beantragte Polizeiminister Karl Hillermeier bei Finanzmini-



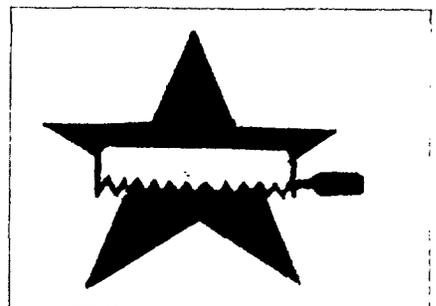
draufgelegt“



Anschlag auf Betonwerk bei Wackersdorf: „Alle Tage Sabotage“



Anschlag auf Zementwerk in Heidelberg: „Widerstand im Hinterland“



Attentäter-Emblem  
„Vereinigte Sägewerke GmbH“

ster Max Streibl 30,75 Millionen Mark, unter anderem für neue Gasgranaten.

- ▷ Am 4. Juni forderte Hillermeier wegen der „spätestens seit der Katastrophe von Tschernobyl“ verschärften Einsatzlage eine weitere Aufstokkung dieses Etatpostens – auf insgesamt 50,7 Millionen Mark.

Das Argument der Münchner Sozialdemokraten, das Kabinett Strauß sei „drauf und dran, Bayern in einen Atom-



Atomstaat-Gegner Jungk (r.): Verwerfungen durch „Menschenbeben“

und Polizeistaat zu verwandeln“, stützt sich auch auf eine Fülle von rechtlich zumindest fragwürdigen Gesetzen und Gesetzesvorhaben. Um das WAA-Projekt gegen massiven, teils militanten Widerstand durchzusetzen, haben die bayrischen Christsozialen beispielsweise

- ▷ beschlossen, im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur Verschärfung des Haft- und des Demonstrationsrechts einzubringen,
- ▷ dem für Wackersdorf zuständigen, aber der Staatsregierung nicht genehmen Landrat Hans Schuierer durch ein eigens erlassenes Gesetz einen Teil seiner Kompetenzen weggenommen,
- ▷ einen Vorstoß angekündigt, um rund um eine Vielzahl „gefährdeter Objekte“ Bannzonen einzurichten, in denen Demonstrieren verboten ist (SPIEGEL 31/1986).

Schon ist abzusehen, daß die Atomenergie spätestens seit dem GAU in der Ukraine bei Bundesbürgern auf derma-

### „Wackersdorf ist überall – wir auch“

Ben starken Widerspruch stößt und bei einer Minderheit soviel kriminelle Energie mobilisiert, daß Schlimmes zu erwarten steht.

Bereits jetzt gibt es reichlich Anhaltspunkte dafür, daß Polizei und Geheimdienste – wenn die Regierenden starr an ihrem Pro-Atom-Kurs festhalten – es nicht nur mit gewalttätigen Demonstrationen zu tun haben werden. Mehr und mehr wenden sich radikale Atomgegner einer neuen Strategie zu: Statt am Bauzaun, direkt vor den Video-Kameras und

Wasserwerfern der Polizei, zu agieren, verlegen sie sich auf Sabotageakte im Hinterland – nach dem holprigen Leitspruch: „Wackersdorf ist überall – wir auch.“

Dort, wo die Polizei selten präsent ist, operieren sie vergleichsweise gefahrlos – und dennoch wirkungsvoll. Zielobjekte sind vor allem Energiekonzerne sowie Kraftwerksbauer und deren Zulieferer.

Trotz zeitweiliger polizeilicher Nachrichtensperre ist das Ausmaß der Aktivitäten im Untergrund kaum mehr zu übersehen. Seit dem GAU in der Sowjet-Union und den Gewaltdemonstrationen in Brokdorf und Wackersdorf vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendein Sabotage-trupp zuschlägt:

- ▷ In Heidelberg warf eine „Proletarische Aktionsgruppe“ einen Molotow-Cocktail in das Verwaltungsgebäude einer Fabrik, die Zement für Wackersdorf liefert;
- ▷ bei Frankfurt, Hanau, Würzburg und Ludwigsburg sägten „Revolutionäre Heimwerker“ und ähnliche Kommandos Strommasten um;
- ▷ in Hannover beging eine Gruppe namens „Widerstand im Hinterland“ Anschläge auf Firmen, die „alle am Atomgeschäft beteiligt“ sind;
- ▷ in der Nähe von Göttingen leisteten „Revolutionäre Pyrotechniker“ ihren „Beitrag zu den Aktionen“ in Brokdorf und Wackersdorf und setzten Bundesbahn-Baumaschinen in Brand;
- ▷ bei Gorleben verübten Unbekannte in der Nacht zum 7. Juli einen Sprengstoffanschlag auf ein unterirdisches Stromkabel, bei dem die Beton-Ab-

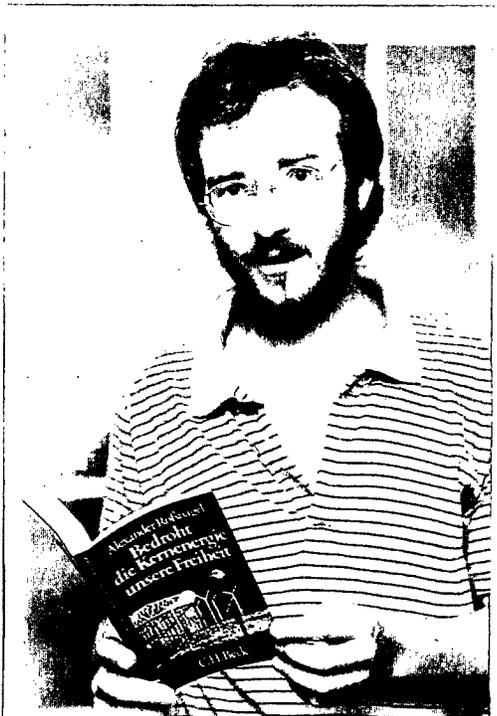
deckung der 20 000-Volt-Leitung vierzig Meter durch die Luft geschleudert wurde;

- ▷ in einer Fabrik im bayrischen Schwandorf, die Beton für die WAA liefert, richteten Brandstifter am Montag vorletzter Woche Sachschaden in Höhe von schätzungsweise 2,5 Millionen Mark an.

Bislang hat es, wie Verfassungsschützer wissen, bereits weit über tausend solcher „Straftaten mit umweltpolitischem Hintergrund“ gegeben. So klebte eine einzige norddeutsche Gruppe, die sich „Gesundheitsdienst der Anti-Strahler-Kommission“ nennt, gleich in 300 Fällen im Raum Kiel/Hamburg Türen von Banken, Versicherungen und, vor allem, Elektrizitätswerken zu. Doch die meisten Öko-Gruppen belassen es nicht bei solchen eher symbolhaften Aktionen.

Auf Sabotage konzentrieren sich die Öko-Terroristen verstärkt, seit ihnen im Januar letzten Jahres ein besonders spektakulärer Coup gelang: Eine Gruppe „Hau weg den Scheiß“ sprengte als „unsere Antwort auf die Bedrohung durch diesen Atomstaat“ (Bekennerrbrief) in der Nähe des Kernkraftwerks Krümmel einen 70 Meter hohen Strommast, in Hamburger Randgemeinden fiel stundenlang der Strom aus.

Ein Trupp „Jugend forscht“ bekannte sich dazu, die Reifen und Bremsleitungen diverser Fahrzeuge von Baufirmen „angeschaut und sie auf ihre Belastbarkeit geprüft“ zu haben. Und Ende letzten Monats konnte in Gündremmingen nur knapp ein Anschlag verhindert werden, bei dem eine Gruppe „Edelweiß-Piraten“ an zwei Strommasten in der



Atomstaat-Gegner Roßnagel  
Freiheitsschwund durch „Sachzwänge“

\* Mit Klaus Vack, Sekretär des Komitees für Grundrechte und Abrüstung.

Nähe des Kernkraftwerkes sage und schreibe 40 Kilo Sprengstoff deponiert hatte.

Wer sich hinter Phantasie-Bezeichnungen wie „Marmor, Stein und Eisen bricht“ oder „Vereinigte Sägewerke GmbH“ (Firmenzeichen: Säge über fünfzackigem Stern und Anarcho-A) verbirgt, ist den Fahndern so gut wie unbekannt: Die Öko-Aktivisten arbeiten ohne Unterstützer oder Mitwisserskreis. „Unsere Erkenntnislage“, klagt ein ho-

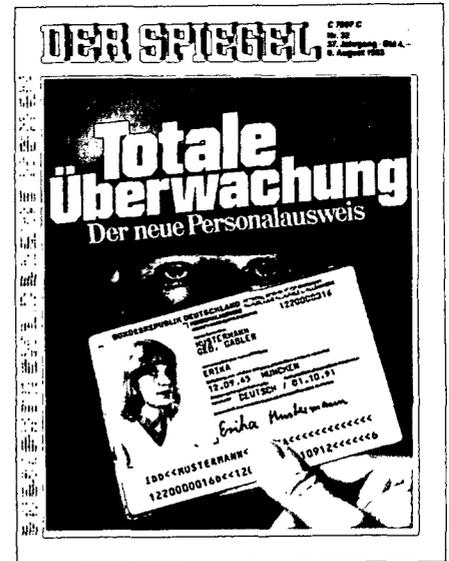
## Zwei Stunden sägen: „Zwei Strommasten hin“

her westdeutscher Verfassungsschützer, „war selten so schlecht wie in diesem Bereich.“

Nur so viel ist nach Einschätzung der Experten sicher: Wenngleich einige Anschläge auf das Konto „Revolutionärer Zellen“ gehen, rechnen Verfassungsschützer das Gros der Gruppen nicht der Roten Armee Fraktion (RAF) oder deren engerem Umfeld zu. Schwer zu beschaffender Sprengstoff, wie ihn „Hau weg den Scheiß“ und die „Edelweiß-Piraten“ benutzten, ist laut Verfassungsschutz „die große Ausnahme“ – bis jetzt jedenfalls.

Staatsschützer gehen davon aus, daß sich die Öko-Terroristen großenteils aus Autonomen rekrutieren, die es leid geworden sind, immer nur gegen gut gesicherte Bauzäune anzurennen. Diese Vermutung wird durch etliche Bekenntnisse und anonyme Selbstdarstellungen gestützt.

Weil es „symbolisch nicht weiterging“ und „massenhaft militant auch nicht“,



SPIEGEL-Titel 13/1979, 32/1983: Mit Frau Mustermann in den Plutoniumstaat?

gab beispielsweise ein Aktivist der alternativen „Tageszeitung“ zu Protokoll, sei der Protest „verlagert“ worden auf „Firmen und Infrastruktur“. Das laufe ohne „direkte Konfrontation mit den Bullen“ und funktioniere „am einfachsten“.

Für einen Anschlag auf einen Strommast würden lediglich „ganz einfache Handsägen“ gebraucht, ferner Sägeblätter („so 15 bis 20 Stück“) und „eine Menge Öl zum Kühlen der Schnittstelle“, verlautbarten die „Revolutionären Heimwerker“ in der Alternativpresse. Auf dem Flugblatt einer „Sägenden Zelle“ heißt es: „Ein Griff zur Säge, zwei Stunden schwitzen, und schon sind zwei Strommasten hin.“ Sachschaden pro Mast: rund 250 000 Mark.

Wo sie ihre Sägen und Sprengsätze am besten plazieren, können militante Atomgegner mittlerweile diversen Schriften entnehmen. Ein Faltblatt nennt, von Armaturen-Herstellern bis Zaunfabrikanten, rund 30 Adressen von „Betreibern und Firmen“ in Norddeutschland, die „am Atomenergiegeschäft profitieren“. In der Juni-Ausgabe des Autonomen-Blattes „Wackerland News“ finden sich die Namen von weiteren 27 Unternehmen. Verfassungsschützer befürchten, „daß die Szene diese Listen nun abarbeiten wird“.

Zwar hat die Polizei „verstärkte Streifenförmigkeit“ vor allem in der Oberpfalz angekündigt. Doch wirksamen Schutz gegen solche Anschläge gibt es kaum:

Schließlich, argumentieren Staatsschützer, könne nicht neben jedem Strommast und Bauwagen ein Schutzmann postiert werden. Die Autonomen durch Polizeigewalt und Demo-Verbote in den Untergrund zu drängen, halten hohe Verfassungsschützer und Polizeiobere für „das Dümme“, was wir machen können“.

Schon heute denken Polizeistrategen voller Schrecken an den Tag, an dem auf der Straße oder der Schiene die ersten sogenannten Castor-Behälter mit nuklearem Material nach Wackersdorf rollen. Untergrundkämpfer, steht zu erwarten, werden sich die Chan-



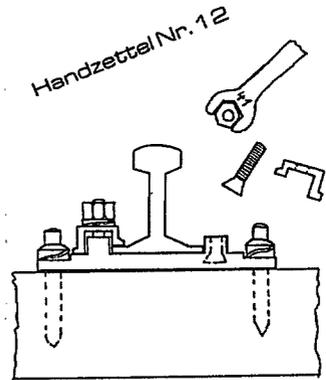
Nuklear-Kriminalität im Film\*: „Als Hirngespinnst karikiert“

\* „News“ von Rainer Erler mit Mark Lee und Birgit Doll.



Schienen selbst sind mit gut sichtbaren Sechskantmuttern auf Grundplatten an den Schwellen befestigt.

Und dann folgt eine detaillierte Handlungsanweisung, wie an den Schwellen die Muttern zu lösen, die Schraubenschlüssel anzusetzen und in welche Richtung die Schrauben zu drehen sind. Es fehlt auch nicht an mahnenden Gefahrenhinweisen



Um herauszufinden, ob die Zeichnung stimmt, besorge einen 41er Maulschlüssel und nen kleinen Spaten. Nun gehe zur Ca-

### Nuklear-Transport per Bahn, Anleitung zur Transport-Sabotage: „Mit Maulschlüssel und kleinem Spaten“

ce nicht entgehen lassen – und dabei auch Menschenleben riskieren.

Erfahrung in Sachen Transportsabotage haben Öko-Attentäter bereits sammeln können. Im Raum Lüchow-Dannenberg etwa zerstörten Unbekannte zwei Vorsignale, lösten 170 Schwellenschrauben, sägten ein Weichengestänge durch. Sie bewirkten damit, wie das niedersächsische Innenministerium urteilte, neben erheblichem Sachschaden auch „beträchtliche Gefahr für Menschen“.

Eine andere Gruppe (Motto: „Schweine ins Weltall“) beschädigte Anfang Juli südlich von Freiburg auf einer Strecke von 800 Metern eine Bundesbahn-Oberleitung. „Wir haben die DB zum Angriffspunkt gemacht“, heißt es in dem Bekennerbrief, „weil sie Atommüll nach Gorleben und Brennstäbe nach Wackersdorf transportieren soll.“

Auch in Wackersdorf selber haben Autonome schon gezeigt, wozu sie fähig sind, wenn sie nicht „am Bauzaun nagen“ (Szene-Jargon): Etwa hundert Vermummte stoppten Pfingsten per Notsignal den Eilzug Schwandorf-Amberg, zertrümmerten Fensterscheiben und nahmen Feuerlöscher mit.

Ein paar Stunden später wurde ein Güterzug nach Schwandorf mittels Baumbarrikaden angehalten. Demonstranten koppelten die Lokomotive ab und deckten den Lokführer mit einem Hagel von Steinwürfen ein, bis der mit der Lok allein die Flucht ergriff. Später mußte die eingleisige Bahnstrecke gesperrt werden, nachdem Randalierer Schienen gelockert und aus dem Boden gewuchtet hatten.



### Transport-Sabotage bei Wackersdorf: „Schweine ins Weltall“

Wie Anschläge gegen Bundesbahn-Transporte ausgeübt werden, zeigt ein „Handzettel Nr. 12“, der in Niedersachsen kursiert:

Besorge einen 41er Maulschlüssel und 'nen kleinen Spaten. Nun gehe zur Castor-Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg. Begib dich mit Umsicht dorthin. Am Bahndamm angelangt, triffst du auf sauber geschichteten Schotter, der Schwellen aus Holz oder Beton Halt bietet. Die

(„Doch Vorsicht: Du popelst an einer modernen Gleisanlage“), die vor Verletzungen schützen sollen. Die Arbeitsanleitung schließt mit einem flotten Reim: „Merke: Nur die Schiene ohne Schwelle kriegt 'ne richtig große Delle.“ Daß die Szene solche Anleitungen ernst nimmt und befolgt, selbst auf die Gefahr hin, daß dabei Unbeteiligte getötet werden – daran haben Experten keinen Zweifel. „Seit Tschernobyl“, sagt ein hoher Hamburger Verfassungsschützer, „haben alle eher noch was draufgelegt.“

\* Pfingsten 1986; Autonome stoppen einen Zug.

Wohin das unweigerlich führen werde, wenn Tag für Tag Gefahrgut-Transporte mit frischen oder abgebrannten Brennstäben durchs Land rollen, hat Zukunftsforscher Roßnagel bereits 1983 errechnet:

In einigen Jahrzehnten wären, neben rund 60 000 sonstigen Beschäftigten, 13 300 Mann Wachpersonal notwendig, wahrscheinlich nach amerikanischem

Auch Nuklearanlagen gelten den Experten mehr und mehr als potentielles Sabotagerisiko. Am 5. Juli ging in der Hamburger Zentrale der Deutschen Presse-Agentur ein maschinengeschriebener Brief ein, in dem eine – bislang unbekannte – Gruppe „Die Roten Ratten“ mit Sprengstoff-Anschlägen auf westdeutsche Kernkraftwerke droht. Wortlaut:

Mitmenschen. Heute kann keiner mehr sagen, er habe von nichts gewußt. Daher sehen wir keinen Grund mehr, Rücksicht auf das Leben und Sterben, die Angst und Wünsche der ewig schweigenden Mehrheit zu nehmen.

Als erste Drohung an alle haben wir sechs Sprengsätze in die Kühlwasserkreisläufe verschiedener deutscher Atomkraftwerke eingebaut, deren Wirkung auch für uns nicht vorhersehbar ist. Dies ist eine letzte Chance. Nutzt sie. Die Roten Ratten.

Um Überfälle und Anschläge auf Kraftwerke und Atomunternehmen zu verhindern, müssen die Verantwortlichen darauf bedacht sein, die Reaktoren ebenso wie die Nukleartransporte in wenigen Jahren mit dem gesamten Arsenal technischer Sicherheitsvorkehrungen schützen zu lassen – einem Instrumentarium, das schon heute phantastisch anmutet.

Roßnagel berichtet, aus Geheimhaltungsgründen zum Teil ohne Detailangaben, über elektronische Ausweisegeräte und Strahlenbarrieren, Licht- und Mikrowellenschranken, über Robotkameras und Wärmemodule, die es ermöglichen, selbst einen 1,5 Kilometer entfernten Angreifer aufgrund seiner Körpertemperatur aufzuspüren.

Noch in der Entwicklung, in einigen Ländern aber bereits versuchsweise in Reaktorgebäuden installiert, seien diverse „passive Abwehrsysteme“: Wenn Attentäter gewaltsam in Sperrzonen ein-

### Spezialtruppe gegen Nuklearkriminalität

dringen, sorgen grelle Lichtblitze für Desorientierung. Hochfrequente Töne aus einer „Squawk Box“ lösen Krämpfe und Übelkeit aus. Verbotene Korridore füllen sich mit Seifenblasen, kaltem Rauch oder, lendenhoch, mit dickem, klebrigem Schaum; Pumpen saugen Sauerstoff ab, verborgene Düsen versprühen Säuren und Gase.

Mit dem theoretischen Studium solcher Möglichkeiten befassen sich auch westdeutsche Experten. Und in aller Stille hat das Wiesbadener Bundeskriminalamt (BKA) eine Spezialisten-Gruppe rekrutiert, die, so ein BKA-Sprecher, der „Nuklearkriminalität in unterschiedlichsten Formen“ vorbeugen soll: terroristischen Anschlägen auf Kernenergieanlagen ebenso wie dem Diebstahl von spaltbarem Material oder dem Handel mit Informationen über Lagerung und Sicherung von Kernbrennstoffen.

Die Angst vor Atomterrorismus hat einen realen Hintergrund. Auf einer Konferenz in Genf schockierte der ehemalige Uno-Hochkommissar Prinz Sadruddin Aga Khan die Teilnehmer, darunter eine Gruppe von Rüstungskontrollbeobachtern des US-Senats, mit der Feststellung, eine „nukleare Aktenkoffer-Bombe“ sei bereits „herstellbar“, eine „Rucksack-Bombe“



Transport-Sabotage bei Gorleben\*: „Beträchtliche Gefahr für Menschen“

Vorbild mit Maschinenwaffen und Schießbefehl ausgestattet. Wegen der Gefährlichkeit des Transportgutes – schon zehn Millionstel Gramm Plutoniumoxidstaub können Lungenkrebs auslösen, eine Bastel-Bombe aus Pu-Oxid, gezündet in einem Fußballstadion, kann bis zu 100 000 Menschen tödlich verstrahlen – müssen die Fahrtstrecken peinlich genau überwacht werden.

\* Im März 1984; Kripo bei der Spurensicherung an der Bahnstrecke Lüneburg-Dannenberg.

Die Spiele sind vorbei. Es ist nichts mehr harmlos. Es ist fünf nach 12. Die Ereignisse von Seveso, Bhopal, Harrisburg, nicht zuletzt der Fall Tschernobyl, haben gezeigt, daß die Großkonzerne und Regierungen in West und Ost, in Süd und Nord um jeden Preis gewillt sind, ihre menschenverachtende Politik fortzusetzen. Dabei haben sie auch die Vernichtung des menschlichen Lebens in ihre Rentabilitätsrechnung einbezogen.

Jeder, der diese Politik weiterhin unterstützt oder auch nur duldet, macht sich mitschuldig an der Ermordung seiner

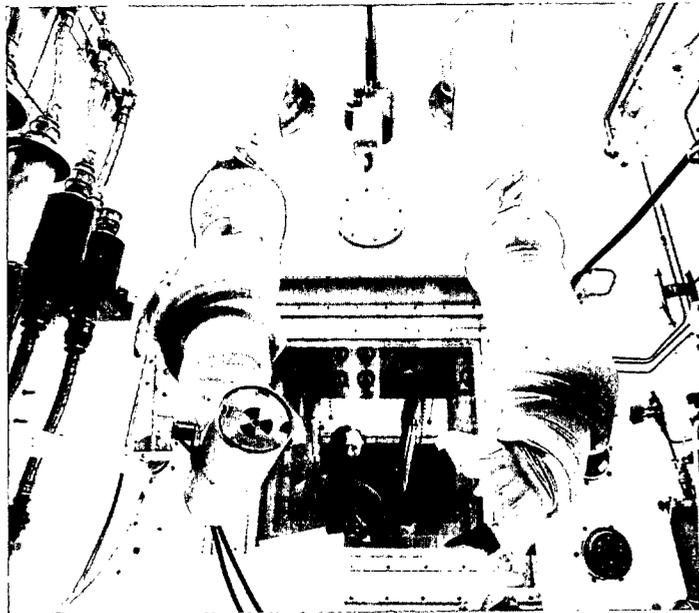
stehe sogar schon „zur Verfügung“.

Auch US-Vizepräsident George Bush prophezeit, die Sicherheitskräfte müßten „auf dramatische Terrorakte der Zukunft vorbereitet sein“ – ein Risiko, das Russen und Amerikaner schon an einen Tisch gebracht hat: Laut US-Außenminister George Shultz ist in Gesprächen mit den Sowjets das Problem angeschnitten worden, „daß Terroristen möglicherweise Nuklearwaffen besitzen oder sich aneignen könnten“.

Ob dabei tatsächlich ein „Geheimabkommen“ über gemeinsames Vorgehen gegen Atomterrorismus geschlossen wurde, wie der demokratische US-Senator Sam Nunn behauptet, ist offiziell bisher nicht bestätigt worden; Außenminister Shultz räumte immerhin ein, daß die USA der Sowjet-Union die Einrichtung sogenannter Risikominderungszentren vorgeschlagen haben.

Die Sicherheitsexperten müssen sich auf eine Vielzahl von Tätergruppen einstellen; manches Szenario erinnert an Szenen aus dem James-Bond-Film „Octopussy“ (Nuklearterrorismus) oder dem TV-Streifen „News“ (Plutoniumschmuggel). Wie groß der Überwachungsbedarf des Atomstaates ist, der durch die Möglichkeit von Brennstoffdiebstahl und Kraftwerkssabotage erpreßbar wird, stellt Roßnagel in seinem jüngsten Buch\*\* mit verschiedenen Beispielen dar:

Schwerbewaffnete Mitglieder einer fanatisierten Sekte erobern ein Kernkraftwerk



Risikofaktor Atomtechnik\*: Drohbrief von den „Roten Ratten“

und sprengen es in einer „kultischen“ Selbstmordaktion in die Luft.

Organisierte Kriminelle erpressen Beschäftigte von Brennelementfabriken, heimlich Plutonium abzuzweigen, und bieten es auf einem internationalen Schwarzmarkt an.

Terroristen überfallen eine Wiederaufarbeitungsanlage und rauben eine ausreichende Menge Plutonium, um einen atomaren Sprengsatz herzustellen.

Mit der Drohung, die Atombombe in einer Großstadt zu zünden, erpressen sie die Regierung.

Feindliche Agenten beschießen den Transport abgebrannter, hochradioaktiver

\* Arbeit mit einem „Manipulator“ in der Kernforschungsanlage Jülich.

\*\* Alexander Roßnagel: „Radioaktiver Zerfall der Grundrechte?“ Verlag C. H. Beck, München; 320 Seiten; 24 Mark.

Brennelemente mit tragbaren Raketen.

Ein Wahnsinniger entführt ein Großraumflugzeug und läßt es auf eine Atomanlage abstürzen.

Böswillige Insider lösen durch Sabotage das Schmelzen eines Reaktorkerns aus.

Solche Vorfälle, resümiert Roßnagel, dürften sich „wegen ihrer katastrophalen Folgen nie ereignen“. Ihnen vorzubeugen, notfalls auf Kosten von Bürgerrechten und Bürgerfreiheiten, sei daher ein unausweichlicher „Sachzwang der Kernenergie“.

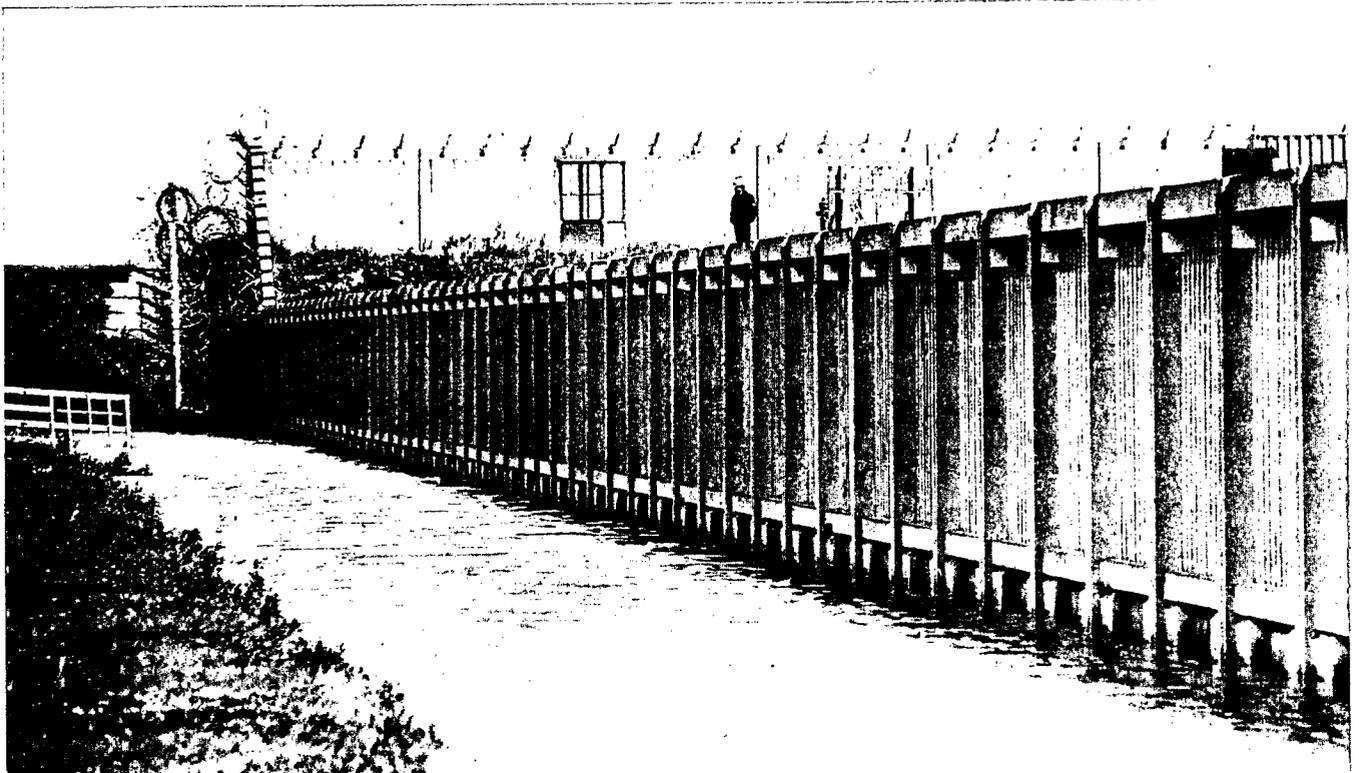
Die Gefahr, daß nicht nur Putsch und offener Verfassungsbruch, sondern auch schleichende strukturelle Veränderungen der Energiepolitik Grundrechte

beeinträchtigen können, haben auch hohe und höchste Richter erkannt.

Die für Kalkar geplante Brüter-Technologie, mahnte bereits 1978 das Oberverwaltungsgericht Münster, erfordere „Überwachungsvorkehrungen“, die „alle bisher bekannten Sicherheitsmaßnahmen bei weitem zu übertreffen geeignet wären“. Die Frage aber, ob dabei „die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Freiheiten gewährleistet“ werden könne, sei „bisher unbeantwortet“.

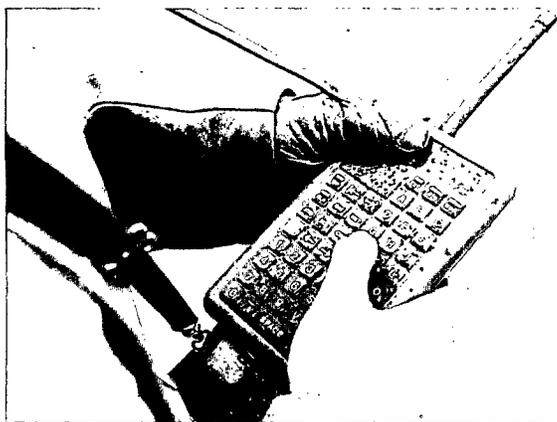
Um beispielsweise einem Fall von Nuklearterrorismus durch Reaktor-, Transport- oder Wachpersonal vorzubeugen, würde es nicht genügen, einen Angestellten erst dann auszuschließen, wenn bekanntgeworden ist, daß er zu einer kriminellen Handlung erpreßt, verführt,

Gesicherte Atomanlage (in Kalkar): „Klammheimliche Freude über jeden gelungenen Sabotageakt“





Atomgegner-Kontrolle der Polizei\*: „Haben wir denn schon Rußland?“



Kontroll-Instrument Computer\*  
Elektronisches Stahlnetz?

bestochen, überzeugt oder überredet worden ist. „Als Sicherheitsrisiko“, so Roßnagel, „wird er schon dann untragbar sein, wenn er erpreßbar, verführbar, bestechbar, überredbar oder überzeugbar zu sein scheint.“ Aus solchen Überlegungen zieht der Rechtswissenschaftler den Schluß, daß bei verstärkter Nutzung der Atomenergie eine Fülle von Sachzwängen Politiker unweigerlich veranlassen werde.

▷ das gesamte, nach Zehntausenden zählende Personal des Nuklearkomplexes samt Kontaktpersonen vor und nach der Einstellung, innerhalb wie außerhalb der Dienstzeit schärfster Überwachung zu unterwerfen – durch Ausbau der Radikalenerlaß-Praxis nach westdeutschem Vorbild, durch (formal freiwillige) Teilnahme an Psycho- und Lügendetektor-Tests wie in den USA, ferner durch regelmäßige Drogenkontrollen sowie durch Einschleusung von V-Männern in die Belegschaften;

▷ die „Sicherungslinie“ weit in das Vorfeld des Nuklearbereiches vorzuverlegen – vor allem, wie es eine „Special Safeguards Study“ der US-Atomenergiekommission empfiehlt, durch „rechtzeitige und intensive Datensammlung“ mit Hilfe „elektronischer und anderer Überwachungsmittel“ sowie durch „Infiltration der Gruppen“ potentieller Täter und Risikopersonen, etwa in der Öko-Szene.

Diese Zukunft hat schon begonnen. Der Arbeitskreis II der Innenministerkonferenz schlug bereits 1980 vor, die Kontrolle der Kernkraftwerksmitarbeiter zu verschärfen und es nicht mehr bei der üblichen Karteiabfrage beim Verfassungsschutz und der Auskunft aus dem Bundeszentralregister zu belassen. Auch Dritte sollten befragt werden – was bis dahin nur bei Leuten üblich war, die Zugang zu streng geheimen Verschlusssachen erhielten.

Im Mai 1981 ging die Arbeitsgemeinschaft der Innenminister daran, das Wachpersonal von Kernkraftwerken aufzurüsten. „Notfalls“, hieß es nun, müßten die Sheriffs zur „Abwehr von Angriffen und unberechtigten Eingriffen“ von Schußwaffen Gebrauch machen – und das nicht nur gegen Eindringlinge von außen. „Entsprechende Maßnahmen“ seien „auch gegen erkannte Störungen oder Störversuche durch Innentäter zu ergreifen“.

Seit 1983 gilt praktisch jeder Mitarbeiter einer Atomanlage als potentieller Saboteur: Er soll auf Schritt und Tritt überwacht werden – durch scharfe Kon-

# Wichtig für jeden 2. Mann!

Potenzstörungen. Jeder Mann, der damit konfrontiert wird, meint, er wäre der einzige mit diesem Problem. Doch Statistiken beweisen, daß 50% aller Männer – also jeder zweite – bereits in jungen Jahren unter Potenzstörungen leiden.

In der Mehrzahl aller Fälle ist Berufsstress aber auch Alkohol und Nikotin, kurz, unsere moderne Gesellschaft und unsere Lebensform dafür mitverantwortlich. Dadurch leben viele, bei denen es momentan „nicht klappt“, mit einem „Riesenproblem“.

Bei momentaner Potenzschwäche empfiehlt sich deshalb eine sinnvolle Therapie mit testasa und ein gleichzeitiger Abbau dieser gesundheitsschädlichen Umweltfaktoren.

testasa ist keine Wunderpille, die Ihnen nach kurzer Einnahme den Himmel auf Erden verspricht. testasa – vorwiegend aus natürlichen Substanzen hergestellt – wird als Kur angewandt und regt die entsprechenden Körperfunktionen an. testasa sorgt für eine bessere Durchblutung und stärkt die Potenz. Das hat sich in der Praxis immer wieder erwiesen.

Gehen Sie deshalb nicht irgendwohin und verlangen Sie irgendwas. Gehen Sie in die Apotheke und sagen Sie nur ein Wort: „testasa!“

Denn testasa ist ein gern empfohlenes Potenz-Mittel in deutschen Apotheken.

## testasa®

Bei sexuellen Erschöpfungszuständen des Mannes.

Im Vertrieb Deutsche Chefaro Pharma GmbH, 4355 Waltrop

\* Oben: im April 1984 im Landkreis Lüchow-Danzenberg; unten: mobiles Datenfunkgerät der Polizei.

# „Es wird zuviel von Gewalt geredet“

Bremens Innensenator Volker Kröning über Atomenergie, Polizei und Protestbewegung

Vor der „Gefahr, daß Politik durch Gewalt ersetzt wird“, hat der sozialdemokratische Bremer Polizeisenator Kröning vor der Bürgerschaft der Stadt gewarnt. Er skizziert

eine strategische Alternative zur technischen und rechtlichen Aufrüstung der Polizei, wie sie in den meisten unionsregierten Ländern bevorzugt wird. Auszüge:

Die Polizei ist in gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen – auch und gerade, wenn es um fundamentale Fragen geht – nicht Partei. Die Polizei ist ein genauso pluralistisches Gebilde wie die Gesamtgesellschaft.

Der Protest gegen die militärische und zivile Nutzung der Atomenergie wird – das ist eine neue Qualität gegenüber Brokdorf 1976 und 1981 – inzwischen begleitet von breiter Sympathie der Bevölkerung. Er wird nach allen gesicherten Meinungsumfragen von der Mehrheit der Bevölkerung getragen.

Tschernobyl hat erstmals der Gesamtheit der Bevölkerung die Auswirkungen einer nuklearen Katastrophe vor Augen geführt. Die Grenzen technischer Rationalität sind deutlich geworden.

Die Bevölkerung wird zur Verdrängung dieser Erfahrung nicht mehr bereit sein. Der Satz „Atomwaffen sind so katastrophal, daß sie nicht mehr angewandt werden“, ist angesichts der ständigen Anhäufung und ständigen Verfeinerung des Waffenarsenals und der Drohungen mit diesen Waffen unglaubwürdig, ebenso wie der Satz: „Atomkraftwerke haben einen so hohen Sicherheitsstandard, daß es niemals zu einem GAU kommen kann.“

Unter den Ängsten der Bevölkerung gibt es in unserer Gesellschaft eine Tiefenströmung, die nicht mehr nur auf die jüngere Generation beschränkt ist, sondern zunehmend auch ältere Menschen erfaßt. Wissenschaftler sprechen von einem fundamentalen Einstellungswandel in unserer Gesellschaft.

Es wird dabei unterschieden zwischen einer sogenannten Verteilungsorientierung, nach der die Politik sicherstellen soll, daß der technische Fortschritt und die finanzielle Kraft in unserer Gesellschaft möglichst hoch sind, und einer Orientierung an der Lebensweise, wonach die Politik dafür sorgen muß, daß das Leben der Menschen nicht dem untergeordnet wird, was – im Guten oder Bösen – technisch möglich ist.

In der jüngsten Shell-Studie heißt es: „Produktionsweisen und Produkte, die die Gesundheit oder das soziale Leben der Menschen gefährden, sind durch die Politik zu verhindern beziehungsweise rückgängig zu machen . . . Die Politik muß auch berücksichtigen, daß sie Verantwortung für kommende Generationen trägt.“

In anderen Untersuchungen ist festgestellt worden, daß die Orientierung an der Lebensweise bei Jugendlichen am häufigsten ist und noch zunimmt, daß die Zahl der Unentschiedenen abnimmt. Es ist nach meiner Überzeugung unübersehbar, daß die Bürger mehr und mehr eine Politik fordern, die das Leben und die Gesundheit schont und für die Nachfol-

Kriminalität und Terrorismus eine nie gekannte Organisation und Logistik verschafft, eine hohe Mobilisierungsfähigkeit, auch eine große Geschicklichkeit, den Staat in Legitimationsschwierigkeiten zu bringen. Wir reden über die Gefahr der Gewalteskalation, ohne zu sehen, daß wir uns bereits mitten darin befinden.

Ein Weg aus dieser Gefahr setzt voraus, daß wir uns darüber klarwerden, was der Protest ist, was die Autonomen sind, die dabei eine Schlüsselrolle spielen, und was es politisch und polizeilich eigentlich heißt, „sich von Gewalt zu distanzieren“ und „das Gewaltpotential zu isolieren“.

Die Entwicklung der Protestbewegung seit 1968 zeigt, daß die militanten Autonomen, wie sie sich selber nennen, ein weitgehend integraler Bestandteil einer zwar heterogenen, jedoch von einem sehr starken emotionalen Zusammenhalt geprägten Szene sind.

Die Szene stellt ihrer inneren Substanz nach eine Subkultur dar. Diese Protestbewegung, die in den letzten Jahren auch als „Neue Soziale Bewegung“ bezeichnet wird, gründet sich in weiten Bereichen auf den Erfahrungen der 68er Generation.

Nach dem Zerfall des SDS hatten große Teile der studentischen Protestbewegung, vor allem in den großstädtischen Ballungsräumen und in den Universitätsstädten, den Versuch unternommen, durch neue kollektive Lebensformen innerhalb des ungeliebten, sogar verhaßten Kapitalismus eine Basis zu finden, die eine Alternative zur bürgerlichen Lebensform darstellt.

Diese Ansätze haben sich für immer mehr junge Menschen, die nach eigenem Verständnis in dieser Gesellschaft nicht leben wollen oder können, als ausgesprochen attraktiv dargestellt. In Großstädten wie Berlin, Hamburg, Frankfurt,



Bremer Polizeisenator Kröning  
„Törichte Spaltungsversuche“

gegen Generationen Vorsorge trifft. Die Protestbewegung – das ist mein Fazit – ist nicht als Minderheit zu ignorieren, geschweige denn zu unterdrücken. Sie kann durchaus die Mehrheit von morgen sein.

Eine Politik, die Protest und Bevölkerung zu spalten versucht, handelt nicht nur unverantwortlich, sondern sie handelt töricht. Die Polizei kann dafür niemals ein Instrument sein.

Die gegenwärtige Diskussion konzentriert sich zu sehr auf Begriffe wie Gewaltmonopol und Gegengewalt, Gewalt gegen Personen und Sachen, legale und legitime Gewalt, taktisch oder strategisch sinnlose oder sinnvolle Militanz.

Die staatliche Seite redet von Demonstrationsstrafrecht, Bewaffnung der Polizei, von Technik und Taktik. Die Gegenseite hat sich im Zwischenfeld von

aber auch Bremen zählt diese „zweite Gesellschaft“, wie Peter Glotz sie einmal genannt hat, inzwischen Hunderttausende.

Auf dem Nährboden dieser Subkultur hat sich die „Undogmatische Linke“ entwickelt, deren Kennzeichen sind:

- ▷ Ablehnung der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaftsform, aber auch des bürokratisch zentralistischen Sozialismus, des „realen Sozialismus“;
- ▷ Ansätze einer marxistischen Gesellschaftsanalyse ohne die leninistische Komponente einer Kaderpartei zur Vorbereitung der Revolution – im Gegenteil, es herrscht eine tiefe Ablehnung jeglicher festen Organisationsstruktur vor;
- ▷ vielfältigste, aber ganz unstrukturierte Kommunikationsebenen, von sogenannten Vollversammlungen und Stadtteilgruppen über Szene-Zeitungen bis zu Flugblättern;
- ▷ ein hohes Maß an Spontaneität, aber zugleich eine große emotionelle Solidarität;
- ▷ im Mittelpunkt das Prinzip des „Sich-Wehrens“ gegen angenommene oder tatsächliche Repressionen – dem Gewaltmonopol des Staates wird in weiten Teilen nur eine Schutzfunktion für den Kapitalismus unterstellt;
- ▷ das Spektrum der ideologischen Einstellungen zur Gewalt reicht von Sympathie und sogar Unterstützung terroristischer Aktionsformen auf der einen Seite bis zur Distanzierung und auch zur Resistenz gegen Gewalt.

Dieses breite, in seiner facettenreichen Form schwer zu bestimmende Feld wächst täglich. Die Szene wird aufgefüllt durch Aussteiger, die sowohl aus der akademisch gebildeten Jugend stammen als auch aus dem Kreis arbeitsloser Jugendlicher verschiedener Sozialisationsformen.

Die gemeinsame Gesprächsebene zwischen dieser „zweiten Gesellschaft“ und der „ersten Gesellschaft“ ist weitgehend zerstört. Es gibt nur noch wenige Möglichkeiten, sie wiederherzustellen.

Eine gewisse Disziplinierung der militanten Autonomen kann, wie sich in Bremen gezeigt hat, erfolgen, wenn sie bei verschiedenen Programmen immer wieder in einen Minimalkonsens einbezogen werden. Es wird ihnen in Bremen deutlich gemacht, daß sich militante Aktionen kontraproduktiv zu dem Ziel der Protestbewegung auswirken können, eine Verbreiterung zu erreichen.

Doch dieser Minimalkonsens ist mit dünnen Fäden gestrickt. Ein undifferenziertes Vorgehen gegen dieses Protestpotential kann schnell dazu führen, daß die militanten Autonomen aus dem bestehenden Rahmen ausscheren und sich dabei der Solidarität der Gewaltfreien versichern.



Vermummte Demonstranten: „Öko-Szene infiltrieren“

trollen beim täglichen Betreten und Verlassen des Werkes sowie während der Arbeitszeit. Teils geplant, teils realisiert sind Maßnahmen wie

- ▷ kodierte Ausweiskarten, mit deren Hilfe jeder Zu- und Fortgang eines Mitarbeiters und jede Bewegung von einem Betriebsbereich in den anderen im Computer festgehalten werden;
- ▷ ständige Überwachung der Arbeitsplätze durch Kameras, gelegentliche Telephonüberwachung, Taschen- und Körperkontrollen;
- ▷ bewaffnete Wachleute nicht nur an den Toren, sondern auch innerhalb der Anlagen; um „Vertrautheit zwischen Wachpersonal und Betriebspersonal“ zu verhindern, werden die Wachleute ständig ausgetauscht.

In nordrhein-westfälischen Atomkraftwerken haben solche Maßnahmen bereits vor drei Jahren zu erheblichem Unmut bei den Belegschaften geführt. „Widerstand und Widerwille“, ja „Mescalero-Denken“ kennzeichne die allgemeine Stimmungslage, fand das Düsseldorfer Institut für angewandte Sozialpsychologie heraus. Viele Bedienstete machten sich Gedanken, wie sie „die Sicherungsmaßnahmen überlisten“ könnten. Einige sagten sogar, sie würden sich „über jeden gelungenen Sabotageakt klammheimlich freuen“.

Bei der Bespitzelung des Kraftwerkspersonals und seiner Verwandten und Bekannten bleibt es nicht. Die jüngsten Anti-Kernkraft-Proteste und -Attentate werden, so ist zu erwarten, die „Vorverlegung der Sicherungslinie“ (Roßnagel) beschleunigen. Was das praktisch bedeutet, haben die Bewohner der Gebiete rund um die Nuklearprojekte in der Oberpfalz und im Kreis Lüchow-Dannenberg schon zu spüren bekommen:

Dort ist die von Datenschützern beschworene Vision vom „Überwachungsstaat“ bereits weitgehend Wirklichkeit geworden.

Im niedersächsischen Wendland sind rund 2000 Kernkraftgegner fürsorglich in einer Spezialdatei erfaßt worden – manche, obwohl die einzige „Erkenntnis“ über sie darin bestand, daß sie eine Funktion in der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg innehatten. Erfaßt wurden zum Beispiel auch Hoteliers, bei denen „möglicherweise finstere Personen abgestiegen“ waren, wie das hannoversche Innenministerium erläuterte, sowie ein Bundestagsabgeordneter der Grünen, dessen Telephonnummer einmal auf einem Flugblatt gestanden hatte.

Im Umkreis der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf werden selbst harmlose Bauern von der Polizei „Tag für Tag ausspioniert“, beim Jau-

### **Computer speichern alle Rädelsführer**

chefahren kontrolliert, registriert und „von vorn und von hinten fotografiert“, wie viele von ihnen beklagen. Kein Wunder, wenn sich Einheimische in Feindesland wähen: „Haben wir denn schon Rußland?“

Nicht zuletzt um die Datenfülle über potentielle Nuklearterroristen zu bewältigen, hat das Bundeskriminalamt Anfang des Jahres seinen ohnehin üppigen Beständen eine weitere – problematische – Sammlung zugefügt: eine sogenannte Arbeitsdatei Pios – Innere Sicherheit, kurz „Apis“.

Das bisherige Aktenauswertungssystem „Pios – Terrorismus“, in dem Daten über „Personen, Institutionen, Ob-



**Polizeigewerkschafter Schröder: Wie lange noch Prügelknabe?**

jekte, Sachen“ systematisch erfaßt und verknüpft werden, soll nun um alle polizeibekanntem Vorgänge aus dem Staatsschutz-Bereich erweitert werden. Nach der „Errichtungsanordnung“ für „Apis“ werden außer Beschuldigten auch Verdächtige gespeichert.

Im Computer soll jemand landen, wenn etwa „Anhaltspunkte dafür vorliegen“, daß er „als Rädelsführer, Hintermann, Mitglied oder Unterstützer“ einer Organisation angehört, „bei der der Verdacht besteht, daß sie sich an bestimmten Straftaten beteiligt“ hat. Auch „andere Personen“ sollen in die Sonderdatei geraten, wenn sie „in Verbindung mit solchen Personen oder Organisationen stehen“ – ein Ziel ohne Grenzen.

Der hessische Datenschutzbeauftragte Professor Spiros Simitis bezweifelt die „Notwendigkeit einer Erweiterung der bisherigen Datei Pios-Terrorismus auf nahezu den gesamten Bereich des Staatsschutzes“. Und er bemängelt die „unklare Festlegung des einzuspeichernden Personenkreises“ ebenso wie den „vage definierten Katalog von in Betracht kommenden Straftaten“.

Besonders beunruhigt Simitis der Umstand, daß auch „Bagatelldelikte“ samt den dazugehörigen Tätern und Verdächtigen gespeichert werden können, „sofern nur ‚die Angriffsrichtung‘ oder ‚das Motiv‘ des Delinquenten den Verdacht einer Zielsetzung im terroristischen oder ‚staatsgefährdenden‘ Bereich wecken“.

## Informationsgesellschaft oder Überwachungsstaat



**Datenschützer Simitis: Jeder Angestellte ein möglicher Saboteur?**

Zwar sind solche Speicher-Praktiken nicht neu. In ihren elektronischen Archiven sammelt die Polizei seit langem nicht nur Straftäter und Verdächtige, sondern auch Rand- und Kontaktpersonen. Schon die bloße Anmeldung einer Demonstration genügt, den Anmelder ins System zu nehmen, auch wenn es sich, wie im Bundesland Hessen geschehen, um einen gewiß gewaltfreien Juristen-Protest gegen die Novellierung des Richtergesetzes handelt.

Zu befürchten steht nun, daß die Breite des Anti-Atom-Protests, der Trend zur Nuklearsabotage und das Schadenspotential dieser Großtechnik dazu führen, daß sich die Datenbestände ebenso wie das gesamte bundesdeutsche Sicherheitssystem noch mehr aufblähen werden als bisher. Es drohe, bringt Jurist Roßnagel die Gefahr auf eine Formel, ein „radioaktiver Zerfall der Grundrechte“.

Die Zunahme von gewaltsamen Groß-Demonstrationen könnte beispielsweise jenen Polizeipolitikern Auftrieb geben, die sich seit langem schon für einen Ausbau des 1982 eingerichteten BKA-Meldedienstes „Landfriedensbruch und verwandte Straftaten“ einsetzen.

Der Nutzen dieses Systems mutet auf den ersten Blick verführerisch an: Bei Kontrollen rund um Demonstrationsorte lassen sich mit elektronischen Lesegeräten die Besitzer der EDV-gerechten neuen Plastik-Personalausweise, Typ „Erika Mustermann“, blitzschnell daraufhin überprüfen, ob sie beim BKA zum Beispiel als „reisender Gewalttäter“ (Kripo-Terminus) gespeichert sind.

Auf diese Weise würde allerdings ein elektronisches Schleppnetz entstehen, das weltweit einzigartig wäre und die Bürgerrechte der Westdeutschen massiv gefährden würde. Denn technisch ist es schon heute ohne weiteres möglich, die Namen von überprüften Demo-Teilnehmern zentral zu speichern und im Laufe der Zeit komplette „Bewegungsbilder“ zu erstellen, Polit-Profile aller bundesdeutschen Aktivbürger.

Die politischen Risiken liegen auf der Hand. Wenn die von Unionsrechten verlangten Änderungen der Demonstra-

### ***Ist die Atomkraft noch demokratieverträglich?***

tions- und der Haftgesetze, des Datenschutzes und des Polizeirechts wirksam werden, sind bald schon Szenarien wie diese alltägliche Realität:

Ein friedlicher Kernkraft-Kritiker gerät auf einer nicht verbotenen Demonstration in einen rechtswidrigen Gasgranaten-Einsatz der bayrischen Polizei. Er versucht, sich notdürftig gegen den CS-Reizstoff zu schützen, indem er sich seinen Schal fest um Mund und Nase wickelt, wird daraufhin wegen Verstoßes gegen das verschärfte Verummungs-

verbot von einem Greiftrupp festgesetzt und im Polizeicomputer gespeichert. Folge: Bei jeder künftigen Demonstration wird er zumindest besonders scharf gefilzt, womöglich an der Weiterfahrt gehindert oder gar in „Vorsorgehaft“ genommen; überdies sind ihm fortan alle Arbeitsplätze im sicherheitsempfindlichen Bereich verschlossen.

Durchsetzbar ist die von der Union angestrebte Rechtslage, die derlei ermöglichen würde, freilich nur dann, wenn anhaltend militante Anti-Atom-Aktionen, womöglich mit Todesopfern, entsprechende Gesetzesänderungen mehrheitsfähig machen. Denn der Ausbau der Polizeielektronik und der Ausbau der Kernenergie sind gleichsam politische Zwillinge, die zum Zwecke ihrer Durchsetzung einander bedürfen.

Mit anderen Worten: So wie, einerseits, Brennstäbe den Weg in den Überwachungsstaat säumen, läßt sich, andererseits, der Plutoniumstaat nur unter dem Schutz jenes elektronischen Stahlnetzes installieren, das einen jeden Bürger zum Mustermann macht.

Diese Verquickung könnte erklären, warum die radikalsten Streiter für eine Verschärfung des Polizeirechts genau dort zu finden sind, wo auch am verbissensten an der Durchsetzung der Kernenergie festgehalten wird (und umgekehrt): am rechten Rand der Union, in der Strauß-Partei.

Aus dem technisch bedingten Sachzwang, der dazu führt, daß im Atomstaat die Bürgerfreiheit verkürzt werden muß, haben Rechtskundige wie Roßnagel dagegen ein juristisches Plädoyer für den Ausstieg aus der Kernenergie entwickelt: Vonnöten sei eine „verfassungsverträgliche“ Technik; daher müßten Alternativen entwickelt werden, deren Rechtsfolgen abschätzbar sind.

Mit solchen Thesen findet sich Roßnagel in prominenter Gesellschaft. Das von ihm bearbeitete Forschungsprojekt „Sozialverträglichkeit von Energiesystemen“ stand unter der Verantwortung des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker, des Ökonomen Bertram Schefold sowie des Ökologen und Hamburger Wissenschaftssenators Klaus Michael Meyer-Abich (SPD).

Und in Großbritannien hat bereits 1976 eine „Königliche Kommission“ die Gefahr beschrieben, daß die bürgerlichen Freiheitsrechte, von Polizei und Atomwirtschaft in die Zange genommen, entweder millimeterweise oder auf einen Schlag verkürzt werden: „Am meisten zu befürchten“ seien, so die Royal Commission,

- ▷ „eine schleichende Zunahme der Überwachung als Antwort auf eine zunehmende Bedrohung, da die Menge des vorhandenen Plutoniums und die Vertrautheit mit seinen Eigenschaften immer weiter anwachsen“, sowie
- ▷ „die Möglichkeit, daß es aufgrund eines einzigen ernsthaften Vorfalles



Atomkraft-Verfechter Strauß\*: „Ohne Wenn und Aber“

künftig in der Tat notwendig werden könnte, die Sicherungsmaßnahmen und die Überwachung in einem Maß auszuweiten, das als völlig unakzeptabel zu betrachten ist“.

Daß der Gesellschaft von der Kernenergie eine Art politischer Super-GAU droht, weil die Atomkraft sich als nicht demokratieverträglich erweist – diese Sorge hatte die westdeutschen Atomgegner jahrelang weniger umgetrieben als der Zweifel an der Umweltverträglichkeit der Nuklearenergie. Doch das hat sich nach Tschernobyl und den Gewalttaten in Brokdorf und Wackersdorf entscheidend geändert.

Selbst in den Reihen der Polizei wird plötzlich diskutiert, ob die Durchsetzung neuer Nuklearanlagen, gegen den Willen von mehr als zwei Dritteln der Bevölkerung, den hohen gesellschaftlichen Preis wert ist, der sich nun allmählich abzeichnet – und ob die Polizei nicht „für nackte Kapitalinteressen verheizt“ wird, wie IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Janßen fragt.

Vielen Polizeibeamten schwant: Mit keiner denkbaren Polizeitaktik – ob noch so brutal, ob noch so raffiniert – kann es in einer Demokratie auf Dauer gelingen, von der Bevölkerung so vehement abgelehnte Großprojekte durchzuboxen.

\* Vor dem Kernkraftwerk Gundremmingen.

„Wie kommt es denn eigentlich“, fragt Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Schnoor (SPD), „daß Polizeibeamte in Wackersdorf nicht mehr in eine Gastwirtschaft gehen können? Weil man in der Polizei den Repräsentanten einer Regierung sieht, die der Bevölkerung etwas aufzwingt, was sie nicht haben will. Da gibt es keine Antwort mit anderen Gesetzen und keine Antwort mit Gummigeschossen.“

Im Kampf um Wackersdorf werde das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Polizei ramponiert, fürchtet Günter Schröder, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei: „Alles, was sich an Wut, Ohnmacht oder Contra beim Bürger aufgespeichert hat, spielt sich ab beim Kontakt zwischen Bürger und Polizist, nicht zwischen Bürger und Innenminister Zimmermann beispielsweise.“

Die Gewerkschafter ärgert, daß sich, wenn es zu Übergriffen kommt, stets der einzelne Beamte vor Gericht zu verantworten habe, nicht aber derjenige, der den Einsatz angeordnet hat. Schröder: „Kein Innenminister, kein Innensenator, kein Polizeipräsident hat jemals vor Gericht gestanden.“

Schröder vergleicht Wackersdorf schon mit dem Schnellen Brüter, den die NRW-Regierung nicht in Betrieb setzen will: „Wir sind ja auch zehn Jahre nach Kalkar gefahren und haben dort ge-

schützt, und nach zehn Jahren will man möglicherweise ein Denkmal daraus machen.“

Eine Reihe von Beamten hat es bereits satt, jenen umweltpolitischen Konsens herbeizuknüppeln, den die Politiker nicht mehr herstellen können. Im saarländischen Innenministerium etwa meldeten sich Polizisten, die „auf keinen Fall in Wackersdorf eingesetzt werden“ wollen. In Frankfurt hat die Polizeiführung für vergleichbare Fälle mit dem Personalrat schon vor Jahren vereinbart: „Beamte, die sich von der Startbahn und den dortigen Polizeieinsätzen distanzieren, werden nicht eingesetzt.“

Immer häufiger dringen aus der Polizei Äußerungen, die fast schon an Meuterei denken lassen. „Wenn es nicht aufhört, daß unsere Kollegen zwanzig Stunden und mehr verheizt werden“, warnt der hessische Polizei-Gewerkschafter Hansgeorg Koppmann, „braucht sich die Polizeiführung nicht zu wundern, wenn ihr eines Tages die Polizisten den Gehorsam aufkündigen und nach Hause gehen.“

Schwer verständlich ist für viele Beamte vor allem, daß sie im Steinhagel ihren Kopf für Projekte hinhalten sollen, von denen sich Politiker sämtlicher Parteien

### Polizei verteidigt „Ein-Mann-Demokratie“

distanzieren und die, wie auch der Bremer Polizeisenator Volker Kröning einräumt, von „der Mehrheit der Bevölkerung“ abgelehnt werden (siehe Kasten Seite 66).

Zunehmend Widerhall finden Wissenschaftler, die darauf hinweisen, daß eine direkte Endlagerung von Atommüll dem Bau einer WAA vorzuziehen sei. Bei einer Wiederaufarbeitung, heißt es in einem letzten Monat veröffentlichten „warnenden Aufruf“ von 377 Münchner Physikern, werde tausendmal mehr Radioaktivität an die Umwelt abgegeben als bei einer direkten Endlagerung der abgebrannten Brennelemente; außerdem fielen nicht weniger, sondern mehr radioaktive Rückstände an.

Nicht nur daß der DGB, die Sozialdemokraten und Grünen bundesweit den Ausstieg aus der Kernenergie fordern und speziell die WAA für „ökologischen und ökonomischen Unsinn“ (SPD Bayern) halten, auch FDP-Landesverbände fordern einen Baustopp in Wackersdorf. Und innerhalb der Union herrscht „gigantische Verunsicherung“, wie ein Augsburger Delegierter auf dem letzten CSU-Parteitag berichtete.

Während sich CDU-Prominente wie Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Professor Kurt Biedenkopf skeptisch zur Atomkraft äußern und die CDU im Saarland „gegen die Bedrohung durch Cattenom“ kämpft, läßt der Stuttgarter Ministerpräsident Lothar Späth

schon die Chancen für die Nutzung von Alternativenergien bis zum Jahre 2020 ausloten, fördert sein niedersächsischer Kollege Ernst Albrecht, ebenfalls voll im Trend, die Entwicklung der Solarkraft.

Aus Kalkar wird Forschungsminister Heinz Riesenhuber von Parteifreunden bestürmt, den Schnellen Brüter nicht länger zu fördern: „Die Meinung“, sagt der christdemokratische Bürgermeister Karl-Ludwig van Dornick, „hat umgeschlagen.“

Auch in der CSU wachsen die Zweifel. Der Münchner Parteichef Erich Kiesl propagiert eine „Denkpause“ in Wackersdorf, zumal Energiemanager wie der

und nach wie vor wirtschaftlich sinnvoll ist“.

Nur: Franz Josef Strauß bekennt sich weiterhin „ohne Wenn und Aber“ zur Atomkraft und zum Bau der Atomfabrik in Wackersdorf – womöglich auf die Gefahr hin, daß sein Beharren das Land eben jenem „Bürgerkrieg“ näherbringt, von dem er unablässig redet.

Vielleicht haben, wer weiß, die bayrische Sozialdemokraten mit ihrer Vermutung recht, der „atomare Starrsinn“ (SPD-Spitzenkandidat Karl-Heinz Hiersemann) des Ministerpräsidenten deute darauf hin, daß es den einstigen Verteidigungsminister in eine Schlacht um Wackersdorf dränge, so wie es seine politischen Freunde Ronald Reagan und Margaret Thatcher in die Kleinkriege um Grenada und Falkland gezogen habe.

Wahrscheinlicher jedoch mutet eine andere Interpretation an: Ob die WAA genehmigt wird oder nicht – ein paar Krawall-Monate in der Oberpfalz könnten der CSU in jedem Fall politisch ganz genehm sein.

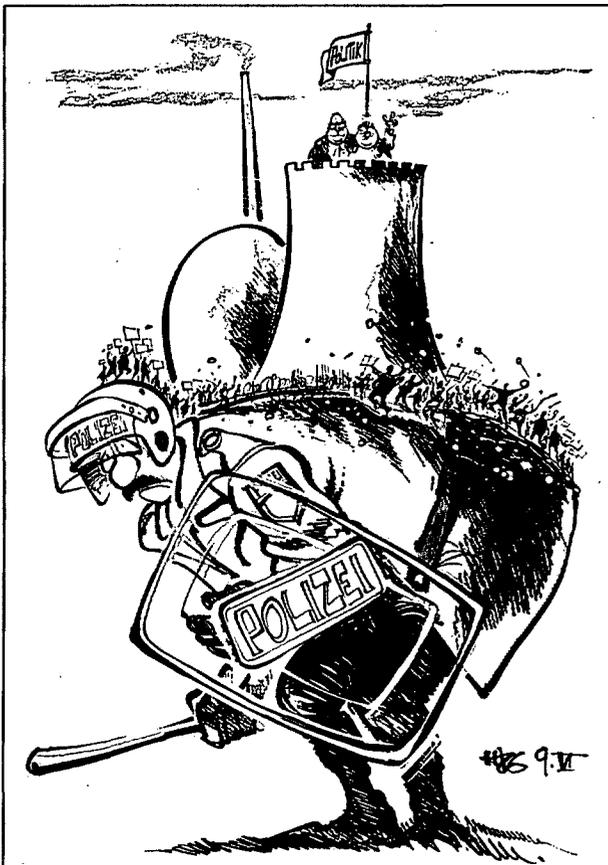
Denn eine Kette von Gewaltdemonstrationen vor der Bayern-Wahl am 12. Oktober böte den Christsozialen aufs neue die Möglichkeit, gegen die „unheilige Allianz“ von SPD und Grünen mit „Chaoten und Kriminellen“ zu wettern. Außerdem stiege die Chance, die zur Zeit von den Liberalen blockierten CSU-Vorschläge zur Verschärfung des Demonstrationsrechts früher oder später doch noch in Bonn durchzusetzen. Der streitbare Wak-

kersdorf-Landrat Hans Schuierer fragte schon vor Monaten am Bauzaun: „Was soll hier eigentlich die Polizei vor wem schützen?“ Schuierer gab sich selber die Antwort: Der Polizeieinsatz in Wackersdorf verteidige letztlich nur die „Ein-Mann-Demokratie“ in München, „den Regierungswillen Straußscher Prägung“.

Ein Strauß-Kollege hatte sich vor Jahren als weniger starrsinnig erwiesen: Niedersachsens CDU-Ministerpräsident Albrecht verzichtete 1979, unter dem Eindruck einer Protestwelle, auf den geplanten Bau der WAA in Gorleben, weil das Projekt ihm politisch nicht durchsetzbar schien.

„Ich will“, erklärte Albrecht damals, „keinen Bürgerkrieg im Land.“

Ende



tz, München

Veba-Chef Rudolf von Bennigsen-Foerder versichern, in dieser Angelegenheit bestehe „kein Zeitdruck“.

In der Industrie wächst ohnehin die Neigung, einer direkten Endlagerung des Atommülls den Vorzug vor einer WAA zu geben. Bennigsen-Foerder vorsichtig: „Die Entscheidung über Wackersdorf muß unter Beachtung der politischen Diskussion fallen.“

Sogar im Münchner Kabinett hat sich ein WAA-Skeptiker zu Wort gemeldet: Justizminister August Lang erklärte letzten Monat überraschend, die Entscheidung der Landesregierung über die zweite Teilerrichtungsgenehmigung für Wackersdorf sei noch offen – zunächst müsse „die Energiewirtschaft klar und überzeugend dartun, ob die Wiederaufarbeitung heute und in Zukunft notwendig